

Volkswirtschaft

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Mittex : die Fachzeitschrift für textile Garn- und Flächenherstellung im deutschsprachigen Europa**

Band (Jahr): **93 (1986)**

Heft 10

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

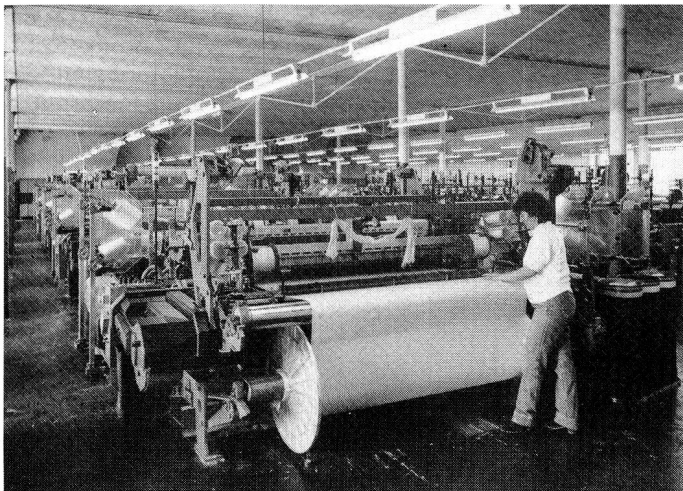
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

nach und nach verschrottet, da eine Verwertung auf dem Occasionsmarkt nicht mehr möglich ist. Die Vamatex-Einheiten sind mit Schaftmaschinen und Vorspulgern versehen, die ihrerseits aus der Vamatex-Gruppe stammen. Die Erfahrungen mit Vamatex werden, wie auch anderswo in schweizerischen Webereien, in Walenstadt als sehr zufriedenstellend bezeichnet. In einem zweiten Websaal befinden sich zudem noch 48 Rütli C sowie Sulzer TW 11 5. Weiter erwähnenswert sind unter dem Gesichtspunkt der jüngsten Investitionsphase eine Sulzer-Wärmerückgewinnungsanlage sowie eine neue Schlichterei von Sucker, die allein Aufwendungen in der Höhe von einer Million Franken erforderten. Steuerung und Überwachung des Webmaschinenparks erfolgt über Zellweger Loom-Data.



Der modernisierte Maschinenpark umfasst heute mehrheitlich italienische Vamatex-Webmaschinen. Eine zweite Gruppe dieses Typs hat vor wenigen Wochen die Produktion aufgenommen, nachdem in einer ersten Etappe bereits 1984/85 eine Serie in Walenstadt installiert worden ist.

Gegen versteckten Protektionismus

Im Rahmen des sogenannten passiven Veredelungsverkehrs mit der Europäischen Gemeinschaft sind die schweizerischen Gewebeexporteure bekanntlich durch einen EG-Differenzzoll bei der Verarbeitung von Gewe-

CWC Textil-Gruppe in Kürze

Schweiz. Gesellschaft für Tüllindustrie AG, Münchwilen TG:
Bobinetweberei, Kett- und Raschelwirkerei, Zwirneri, Veredlung

Weberei Walenstadt:
Rohgewebe

Gardinenfabrik AG Oberuzwil:
Konfektion von Gardinen und Dekostoffen, industriell und auf Mass. Auslieferung von Coupons der Heimtex-Marken «Müratex» und «Taco-Decor»

CWC-Textil AG, Zürich:
Handelshaus für Industriegarne (Baumwolle, Wolle, Mischungen, Chemiefasern), Spezialgarne wie Crêpes, Voiles, Florzwirne, Effektgarne, Stickgarne

Wetuwa AG, Münchwilen:
Handelshaus mit Schwergewicht Création und Manipulation von Uni- und Fantasiegeweben für die Bekleidungsindustrie

Gardisette International AG, Luzern:
Minderheitsbeteiligung an der Nachfolgegesellschaft

John C. Small Tidmas Plc, Nottingham:
Tüllfabrikation, Kett- und Raschelgewirke

Gruppenumsatz 1985:
106 Mio. Franken (nicht konsolidiert), total 607 Beschäftigte.

ben in Drittländern benachteiligt. VR-Mitglied Alfred Illi benützte die Gelegenheit anlässlich des Jubiläumsanlasses, diese Diskriminierung in Erinnerung zu rufen. Er appellierte in diesem Zusammenhang und unter dem Aspekt weiterer protektionistischer Handelshemmnisse an die Exponenten der Textilverbände, Hartnäckigkeit zu beweisen, bis diese den internationalen textilen Warenverkehr ernsthaft behindernden Hürden genommen sind. Die Lieferanten, d.h. die Spinner ermahnte Alfred Illi, allen Kunden die gleichen Konditionen einzuräumen. Der gegenseitige Druck, denen alle Stufen und Abnehmer ausgesetzt sind, hält Illi nichtunbedingt für notwendig. Schliesslich erinnerte der Redner an die negativen Einflüsse der Frankenaufwertung für die Weberei Walenstadt; bei einem Exportanteil des Unternehmens von gegenwärtig 40 Prozent mehr als nur verständlich.

Peter Schindler

Volkswirtschaft

Die Teppichindustrie – eine Wachstumsbranche mit Überkapazitäten

Textile Bodenbeläge – polyvalente Schwergewichter

Innerhalb der vielfältigen Textilindustrie sind die Produkte der Teppichfabrikation eigentliche Schwergewichter, werden doch pro Quadratmeter Bodenbelag bis zu zwei Kilogramm Spinnstoff und mehr verwendet, während zum Beispiel bei Kleiderstoffen das Mittel zwischen etwa 200 und 300 Gramm liegen dürfte und es auch Stoffe mit einem Quadratmetergewicht von weniger als 100 Gramm gibt. Es ist im wesentlichen der Einführung neuer Techniken in der industriellen Fertigung (Tufting und Nadelfilzen) sowie der Entwicklung relativ billiger Chemiefasern zuzuschreiben, dass textile Bodenbeläge im Rahmen eines äusserst intensiven internationalen Wettbewerbs seit Jahren überaus preisgünstig auf den Markt kommen. Andererseits ist es dem gehobenen Lebensstandard und den veränderten Lebensgewohnheiten in den Industrieländern zu verdanken, dass der Verbrauch textiler Bodenbeläge von Jahr zu Jahr in einer ausserordentlichen Weise anstieg – seit einiger Zeit machen sich am Markt allerdings nicht zu übersehende Sättigungserscheinungen bemerkbar.

Die textilen Bodenbeläge sind polyvalent geworden; sie erfüllen Schmuckfunktionen, die weit über das Materielle hinausgehen und finden als Baumaterial deshalb immer mehr Verwendung, weil sie neben der Wirtschaftlichkeit auch viele andere Vorzüge aufweisen wie Schalldämpfung, Kälteschutz, hohe Raumhygiene, gute Reinigungsmöglichkeiten. Teppiche sind, von wenigen Aus-

nahmen abgesehen, jedenfalls keine Luxusgüter mehr, deren Kauf früher den begüterten Kreisen vorbehalten war. Sie sind vielmehr für jedermann erschwingliche Gebrauchswaren geworden, zum Teil aber auch eigentliche Modeartikel, die man verhältnismässig rasch auswechselt, auch wenn sie ihren praktischen Dienst noch lange täten. Ein gewisser Luxus besteht heute vielleicht darin, dass man in privaten Haushaltungen gemusterte Einzelstücke auf Spannteppiche legt. Dies ergibt sich aber oft zwangsläufig, indem in Mietwohnungen bereits alle Räume mit textilen Bodenbelägen versehen sind, so dass die Mieter diese dann durch eigene, «mitgebrachte» Teppiche ergänzen.

Im gesamten Marktpotential steht der Wohnbereich nach wie vor an erster Stelle. Dem Objektbereich (Bürohäuser, Hotels und Restaurants, öffentliche Bauten usw.) mit einem Anteil von etwa 20–30 Prozent der Gesamtverkäufe kommt ebenfalls eine hohe, noch zunehmende Bedeutung zu, und schliesslich zeichnet sich auch ein steigender Bedarf an textilen Bodenbelägen für Verkehrsmittel wie Autos, Eisenbahnen, Schiffe und Flugzeuge ab. Das verbraucherfreundliche Preisniveau – in Europa und Amerika sind in der Fabrikation erhebliche Überkapazitäten entstanden – lässt erwarten, dass sich textile Bodenbeläge weiterhin einer guten Nachfrage erfreuen werden, wenn auch die Fachkreise mit einem nochmaligen Teppichboom, wie man ihn in den siebziger Jahren hatte, kaum mehr rechnen.

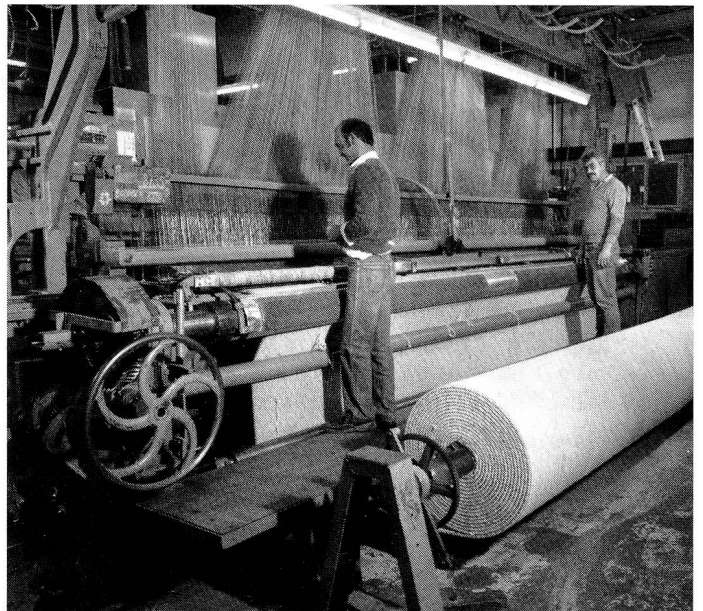
Die relativ junge Teppichindustrie stand von Anfang an in einem unerbittlich scharfen Zugwind; der internationale Warenaustausch ist im Teppichsektor besonders ausgeprägt. Kein Produktionsland kann sich auf seinen Heimatmarkt verlassen, wie gross dieser auch sei; der nicht nachlassende Import traditioneller Orientteppiche und der sich verschärfende Wettbewerb zwischen Herstellern und Händlern moderner, maschinell fabrizierter Bodenbeläge in Tausenden von Konstruktionen, Kompositionen, Farben und Dessins macht den Absatz im Ausland unumgänglich. Nur wer ständig besondere Leistungen zu erbringen vermag, kann sich in dieser aus den Nähten geplatzten Wachstumsbranche auf längere Zeit erfolgreich behaupten.



Das Weben ist eine jahrtausendealte Technik, die sich allerdings ständig verfeinert hat, und die Webmaschinen sind bis fünf Meter breit geworden. Der eigentliche Webvorgang ist indessen der gleiche geblieben: die in der Länge verlaufenden Kettfäden werden mit den quer eingetragenen Schussfäden verkreuzt oder verflochten.

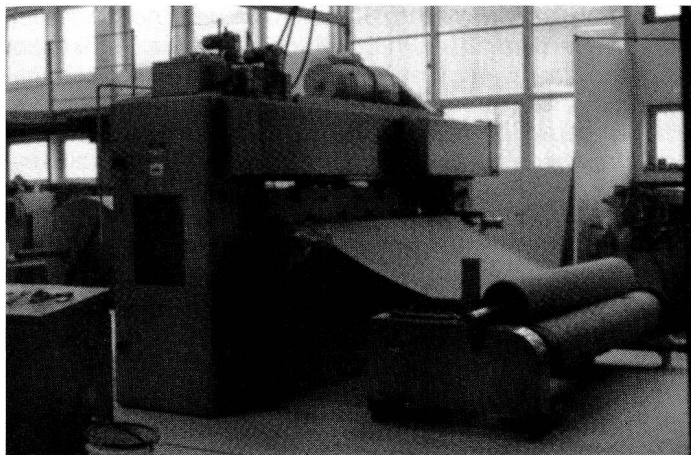
Rohstoffe, Herstellungsverfahren und Verbrauch

In der Teppichindustrie wurden bis in die sechziger Jahre vorwiegend Naturfasern verarbeitet, das heisst pflanzliche wie Baumwolle, Hanf, Flachs, Jute, Sisal, Kokos und tierische wie Wolle, Ziegenhaare, Kamelhaare, Seide. In der Fabrikation gelangte fast ausschliesslich das Webverfahren zur Anwendung. Wie sieht es heute aus? Die Chemiefasern haben im Verein mit den neuen Herstellungsverfahren Tuften und Nadelfilzen in der Teppichindustrie die natürlichen Spinnstoffe weit überflügelt; Wollteppiche und textile Bodenbeläge aus andern natürlichen Spinnstoffen erfreuen sich jedoch weiterhin der Gunst bestimmter, eher gehobener Abnehmerschichten. Der Mehrbedarf wird indessen fast vollständig mit Synthetics gedeckt, wie dies übrigens auch in den meisten andern Textilsparten der Fall ist. Die insgesamt gestiegene Nachfrage nach Textilien aller Art – die auf die Bevölkerungsvermehrung der Welt und die Kaufkraftsteigerung in den sogenannten Wohlstandsländern zurückzuführen ist – könnte von der Naturfaserproduktion ohnehin schon seit Jahren nicht mehr befriedigt werden; die Zeit, da mehr Chemie- als Naturfasern produziert werden, liegt sehr nahe.



Das Tufting-Verfahren ist im Prinzip ein Sticken auf Riesennähmaschinen, die, je nach Breite und Dichte des gewünschten Teppichs, 600 bis 3500 Nadeln aufweisen. Das Polmaterial wird dabei auf der ganzen Breite in ein Trägergewebe eingenäht, das Halbfabrikat anschliessend gefärbt, geschoren und beschichtet.

Nach zuverlässigen Schätzungen von Fachleuten soll die Weltproduktion von textilen Bodenbelägen im Jahre 1985 rund 2,4 Milliarden Quadratmeter betragen haben, wovon 40 Prozent den Vereinigten Staaten von Nordamerika und 30 Prozent Westeuropa zugerechnet wurden. Aufteilung nach Produktgruppen: 75 Prozent Tufte-teppiche, 12 Prozent Nadelfilze, 10 Prozent Webteppiche, 3 Prozent andere textile Bodenbeläge. Grösster europäischer Teppichproduzent ist Belgien; dieses Land produzierte 1985 über 225 Mio. Kilogramm Teppiche aus Chemiefasern (Polyamid, Polyester, Polypropylene und Polyacryl) und 50 Mio. Kilogramm Wollteppiche. Der Pro-Kopf-Verbrauch von textilen Bodenbelägen schwankt in den Industrieländern zwischen 0,5 und fast 4 Quadratmetern; in den südlichen Ländern ist er am geringsten.



Bei der Fabrikation von Nadelfilz-Belägen werden keine einzelnen Polgarne verwendet, sondern man stellt aus Fasern (also nicht aus Garnen wie beim Web- oder Tufting-Verfahren) Faservliese her, welche durch Spezialnadeln in hoher Geschwindigkeit vernadelt, verdichtet und alsdann mit Spezialdispersion chemisch verfestigt werden.



Vorwärtstrebende schweizerische Teppichindustrie

Die Teppichindustrie hat sich innerhalb der schweizerischen Textilindustrie, von vielen fast unbemerkt, stetig nach vorwärts geschoben und erwarb dabei auch international einen hervorragenden Ruf. Ihre erfreuliche Entwicklung hat sich in den letzten paar Jahren zwar wie überall etwas verlangsamt, aber die Unternehmer waren sich immer bewusst, dass das stürmische Wachstum der sechziger und frühen siebziger Jahre einmal von einer Beruhigung abgelöst würde.

Die schweizerische Teppichproduktion

Jahr	Tonnen	1000 m ²
1960	2 073	1 121
1965	5 241	2 833
1970	8 168	4 415
1975	20 247	10 927
1980	24 321	14 503
1985	26 740	15 219

Vom Gesamtumsatz von 244 Mio. Franken im Jahre 1985 entfielen 60 Prozent auf Tuftings, 23 Prozent auf Webteppiche und 17 Prozent auf Nadelfilzbeläge. Mit einem Teppichkonsum von 3,8 Quadratmetern pro Kopf

der Bevölkerung zählt die Schweiz zu den teppichfreudigsten Ländern der Welt. An diesem hohen Verbrauch sind allerdings auch die importierten textilen Bodenbeläge beteiligt, und zwar mit über 60 Prozent.

Die Einfuhr ausländischer Maschinenteppiche

Jahr	Tonnen	1000 Fr.
1960	2 462	23 022
1965	4 448	48 114
1970	14 513	120 837
1975	18 792	152 778
1980	26 445	200 299
1985	27 162	220 702

In diesen Zahlen sind Nadelfilze, von denen 1985 rund 2300 Tonnen für 15 Mio. Franken in die Schweiz eingeführt wurden, nicht inbegriffen. Und dass die geknüpften Orientteppiche in unserem Lande weiterhin guten Absatz finden, geht aus der nachstehenden Zusammenstellung hervor.

Die Importe geknüpfter Orientteppiche

Jahr	Tonnen	1000 Fr.
1960	891	25 923
1965	1 724	59 440
1970	1 410	58 873
1975	1 909	110 738
1980	2 410	190 982
1985	2 226	187 996

Die im VSTF, Verband schweizerischer Teppichfabrikanten – einem der verschiedenen Unterverbände des Vereins schweizerischer Textilindustrieller, VSTI – zusammengeschlossenen 13 Firmen lassen sich von diesen Importen indessen nicht ins Bockshorn jagen. Sie vertreten mit Überzeugung die Grundsätze eines freien Unternehmertums im Rahmen einer liberalen Wirtschaftsordnung und suchen, auf ihre eigene Leistungsfähigkeit bauend, den Ausweg deshalb mit eigener Kraft in vermehrten Exporten. Dass ihnen dies bis anhin – gegen härteste internationale Konkurrenz – zu einem schönen Teil gelungen ist, zeigt die nachstehende Statistik.

Die Exporte schweizerischer Maschinenteppiche

Jahr	Tonnen	1000 Fr.
1960	104	1 539
1965	260	3 728
1970	3 807	35 117
1975	3 845	38 853
1980	5 255	60 791
1985	6 380	86 980

Zu diesen Exporten von Teppichen hinzu kommt 1985 eine bedeutende Ausfuhr von Nadelfilzen: rund 6000 Tonnen im Werte von 44 Mio. Franken.

Zielsetzung der weltoffenen Schweizer Teppichindustriellen sind sowohl eine Ausdehnung des Exportgeschäftes – wofür man u.a. die einschlägigen ausländischen Fachmessen besucht – als auch ein vermehrter Absatz im Inland, wobei man u.a. ein besonderes Augenmerk den Architekten zuwendet, denn diese haben bei der Beschaffung von Bodenbelägen – harten oder textilen – im Wohn- und Objektbereich meist das letzte Wort. An diese richten sich denn auch hauptsächlich die gemeinsamen Propaganda-Aktionen, die von den Mitgliedfirmen des VSTF nun bereits für das vierte Jahr in Folge beschlossen wurden. Und es spricht für die Aufgeschlossenheit dieser Unternehmer und ihrer Verbandsorganisation, dass sie seit einiger Zeit mit den schweizerischen Abnehmern des Gross- und Detailhandels Besprechungen führen, die eine allgemeine Teppichwerbung zum gemeinsamen (Fern-)Ziele haben. Sicher braucht es eine gesunde Portion Optimismus, um in ein solch gemeinnütziges Unterfangen einzusteigen, das – im Falle der Realisierung – bei allen Beteiligten die Preisgabe eines erheblichen Quentchens eigennützigem Denken und Handelns voraussetzen würde. Versuchen sollte man es alleweil.

Die schweizerischen Teppichfabrikanten sind ob ihrer Erfolge keineswegs in Euphorie geraten. In nüchterner und absolut realistischer Weise widmen sie ihr Hauptaugenmerk im harten internationalen Wettbewerb vor allem dem qualitativen Wachstum, und zwar in allen Belangen, bei der Ware und den verschiedenen Dienstleistungen. Wir sind überzeugt, dass sie bei konsequenter Einhaltung dieser bewährten Geschäftspolitik auch in quantitativer Hinsicht nicht zurückfallen werden, sondern die sukzessive errungenen Positionen werden halten oder gar noch leicht verbessern können. Das dazu nötige Selbstvertrauen ist durchwegs vorhanden.

Ernst Nef

Der Souverän kauft keine Katze im Sack

Mit der Kernenergie leben – oder staatliche Stromzuteilung?

Das Wort vom «Atomstaat» als Schreckgespenst für den Bürger hat Robert Junk erstmals im politischen Kampf gegen die Kernenergie verwendet. Er gehört seit seiner «Bekehrung» zu den schärfsten Gegnern, die bei allen Demonstrationen an der Spitze mitmarschieren und die nichts unterlassen, um bei Konfrontationen mit der Staatsgewalt sich als Widerstandskämpfer mediengerecht zu präsentieren. Die Taktik ist denkbar einfach: Man hängt der friedlichen Verwendung der Atomenergie das Stigma der die ganze Menschheit bedrohenden Atombombe an, die mit allen Mitteln zu bekämpfen ist. Von da ist es nicht mehr weit bis zur Vorstellung, mit der Produktion der Kernenergie sei eine Einschränkung von Bürgerrechten verbunden, werde der Polizeistaat eingeführt, komme es zur Vergewaltigung regionaler Minder-

heiten. Mit einem Wort: Die neue Art der Energiegewinnung gebe dem Staat mehr Macht über die Menschen, als für unsere Demokratie tragbar sei. Sie sei eine Vergewaltigung seiner Seele, und das Ende sei mit Sicherheit ein Staat mit einer nie abbreissenden Gesetzesflut, um das Ungeheuer «Atomenergie» unter Kontrolle zu halten.

Der Preis des Ausstiegs

Es ist leicht einzusehen, dass aus einer solchen Vorstellung – zusammen mit der irrationalen Atomangst – politisches Kapital zu schlagen ist. Damit werden heute auch jene Kreise angesprochen, deren grösste Sorge das Anwachsen des Staatsapparates ist und die sich für einen möglichst grossen staatsfreien Raum einsetzen. Das Wort vom «Atomstaat» hält indessen einer objektiven Prüfung nicht stand und erweist sich als Münze ohne Kurswert. Wer den Bürger auf diese Weise erschreckt, treibt ein falsches Spiel. Er muss sich die Frage gefallen lassen, wie es mit der Freiheit des Bürgers bei einem Ausstieg aus der Kernenergie bestellt wäre. Mit welcher zeitlichen Staffelung ein solcher Ausstieg auch immer geplant würde, so wäre es nicht denkbar ohne eine Ausweitung der Staatsmacht und ohne Eingriffe in das Energieverhalten der Wirtschaft und jedes einzelnen Stromverbrauchers.

Die intellektuelle Redlichkeit verlangt von den Verfechtern aller für den Ausstieg denkbaren Szenarien, sich eingehend mit dem «Mehr an Staat» zu beschäftigen, das hier auf uns zukäme. Wer das Bild vom «Atomstaat» an die Wand malt, der muss auch dazu stehen, dass es sich bei einem Verzicht auf unsere atomare Stromproduktion um einen äusserst schmerzhaften Eingriff in unsere Wohlstandsgesellschaft handelt. Umso erstaunlicher ist es deshalb, mit welcher Leichtfertigkeit in vielen Medien die Ausstiegsdiskussion geführt wird und wie fast jeden Tag dem Bürger neue Luftschlösser unerhörter Stromeinsparungen vorgegaukelt werden. Es ist nur zu hoffen, dass das Parlament bei der Tschernobyldebatte in der Herbstsession mit dem nötigen Realismus an die Frage herangeht, welche Einschränkungen und finanziellen Opfer ein endgültiger Verzicht auf die nukleare Stromerzeugung mit sich bringt. Sollte nicht an die politische Akzeptanz von Eingriffen in den Stromverbrauch, die bis zur Rationalisierung und Abschaltungen während der Verbrauchsspitzen führen können, die gleich hohen Anforderungen gestellt werden wie an das Erfordernis des Bedarfsnachweises für den Bau neuer Produktionsanlagen?

Sind vorteilhafte Stromtarife eine Schande?

Gewiss, der Souverän entscheidet bei uns letztlich über den Ausstieg aus der Kernenergie. Die Elektrizitätswirtschaft wird ihm dabei nicht in den Arm fallen, aber auf eine gründliche Information über alle Konsequenzen dringen. Sie hat sich kürzlich mit einer Verdoppelung der Wasserzinsen abgefunden, die unserer «Alpen-Opec» jährlich 150 Millionen Franken mehr für den Verkauf ihres einheimischen Rohstoffes bringen wird. Und sie wird auch eine Erhöhung der Restwassermengen angesichts einer Sensibilisierung der öffentlichen Meinung für den Landschafts- und Gewässerschutz akzeptieren müssen, obwohl dadurch die finanziellen Opfer der Strombezüger für einen eventuellen Verzicht auf den Atomstrom noch grösser werden.

Sicher ist aber angesichts dieser Zusammenhänge, dass der Souverän nicht bereit ist, eine Katze im Sack zu kaufen und dass er über die Kostenfolgen für den Strombezüger genauestens im Bild sein will. Er möchte auch wis-

sen, wie es um die angebliche Stromverschwendung steht und ob tatsächlich die im internationalen Vergleich sehr vorteilhaften Stromtarife der Schweiz zu Recht an den Pranger gestellt werden, um ein Stromspargesetz und einen Energie-Verfassungsartikel zu rechtfertigen. Ist es denn wirklich eine Fehlentscheidung, wenn unsere Strompreise weit hinter der Steigerung der übrigen Lebenskosten zurückgeblieben sind, wenn der Schweizer für seine Benzinrechnung oder seine Ferienreisen weit mehr ausgibt, als er für den Stromverbrauch bezahlen muss, und wenn unser Land im Pro-Kopf-Verbrauch hinter den nordischen Staaten in Europa einen der ersten Plätze einnimmt, während die Ostblockstaaten fast am Schluss rangieren?

Man kann gewiss über die Elektrizitätstarife in der Schweiz streiten, die kostendeckend sein müssen, die keine Sozialtarife sein wollen, die aber beispielsweise bei allen Kantons- und Regionalwerken auch die abgelegenen Dörfer und Weiler zum gleichen Tarif bedienen. Das ist eine echte staatspolitische Leistung, und niemand spricht hier von der Notwendigkeit einer Abgeltung wie etwa bei Bahn oder Post. Ganz im Gegensatz zum heutigen Vorwurf, wir hätten zu billige Stromtarife – ein Zürcher SP-Politiker und Energiefachberater der Partei hält eine Erhöhung um 80% durchaus für tragbar –, steht die Tatsache, dass in der Vergangenheit noch jede Strompreiserhöhung von der Linken bekämpft wurde, von den selben Kreisen also, die heute mit dem Vorwurf einer künstlich geförderten Verbrauchssteigerung zur Hand sind.

Der Staat als Schiedsrichter über Lebensbedürfnisse

Die Schwierigkeit des Energiesparens mag bei uns auch damit zusammenhängen, dass die Nachkriegsgenerationen in einen Wohlstand hineingeboren worden sind, bei dem Sparen im Haushalt nicht nur bei der Elektrizität ein Fremdwort bleiben musste. Wenn bald jeder 18jährige eine eigene Wohnung und ein eigenes Auto beansprucht und wenn im frühzeitigen Ausstieg aus dem Elternhaus das Recht zur Selbstverwirklichung erblickt wird, schafft eben das auch neue Bedürfnisse für Elektrogeräte und den Stromkonsum.

Die Frage stellt sich, ob hier der Staat, die Parteien oder die freie Einsicht des Bürgers den Rückwärtsgang einschalten sollen, und zwar nicht nur bei der Bemessung der Elektrizitätsbedürfnisse. Es geht schliesslich um die Entscheidung darüber, ob wir wirklich den Staat zum Schiedsrichter über unsere vermeintlichen oder wirklichen Lebensbedürfnisse machen wollen. Ist der Staat in der Lage, als oberster Umweltschutzwächter eine neue Wertskala und den Schlüssel für eine bessere Lebensqualität zu finden und durchzusetzen? Droht hier nicht weit mehr als beim «Atomstaat» die Entwicklung zum Vorschriften-Überstaat? Dürfen wir wirklich allein den Ökologen und einer neuen Klasse von Experten und wissenschaftlichen Beratern das Staatssteuer überlassen?

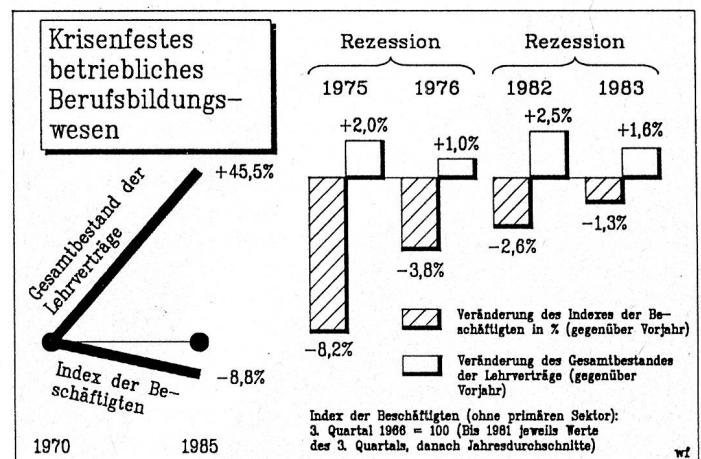
Es geht beim Ausstieg aus der Kernenergie um die politische Akzeptanz von Verzicht auf bisherige Bedürfnisse und Lebensgewohnheiten. Wer ohne Kernenergie leben will, muss zeigen, wie er den fast hälftigen Ausfall von Elektrizität ersetzt. Er hat eine klare Wahl zu treffen: Setzt er auf den Import von noch mehr Atomstrom aus Frankreich, will er Strom aus Öl- oder Kohlekraftwerken beziehen, oder glaubt er an das Wunder rascher Ergebnisse der Energieforschung, an die Substitution durch Sonnen- und Windenergie, durch Biogas und Erdwärme innert nützlicher Frist?

Vor allem ist es Aufgabe des Aussteigers, die Höhe der Stromeinsparungen zu bestimmen, die er nötigenfalls mit Zwangsmassnahmen zu realisieren hat, also eine Art «Opferszenario» für alle Strombezüger aufzustellen. Die Befürworter eines zeitlich so oder so gestaffelten Verzichts verlieren ihre Glaubwürdigkeit, wenn sie hier nicht Farbe bekennen. Es wird sich dann vielleicht zeigen, dass es leichter ist, Feindbilder gegen die Kernenergie aufzubauen, als den Souverän für ein konkretes Verzichtprogramm zu gewinnen. Von Konfuzius stammt die Erkenntnis:

Der Mensch hat dreierlei Wege, klug zu handeln: erstens durch das Nachdenken, das ist der edelste, zweitens durch Nachahmung, das ist der leichteste, und drittens durch Erfahrung, das ist der bitterste.

«Aus dem Wochenbericht der Bank Julius Bär»

Die Meisterlehre hat sich bewährt



Im Zeitraum 1970/85 verzeichnete der Gesamtbestand der Lehrverträge trotz eines Rückgangs des Index der Beschäftigten eine namhafte Zunahme. Bemerkenswert ist dabei unter anderem, dass in den Rezessionsjahren das System der Meisterlehre eine doppelte Bewährungsprobe zu bestehen hatte: Einerseits waren die Unternehmungen mit einem wesentlich schlechteren Geschäftsgang konfrontiert, andererseits verliessen die geburtsstarken Jahrgänge die Schulen und drängten auf den Lehrstellenmarkt. Das betriebliche Bildungswesen hielt diesen Belastungen stand. Trotz wirtschaftlichem Rückgang erwies es sich als elastisch genug, die grosse Zahl der Lehrstellensuchenden aufzunehmen. Die Lehrabsolventen fanden schliesslich auch grösstenteils eine Tätigkeit, die ihrer Ausbildung entsprach. Die praxisnahe Berufsausbildung mit der Meisterlehre als Kern ist flexibel und wird laufend den ökonomischen, soziologischen und technologischen Entwicklungen angepasst. Damit hat die heutige Betriebslehre wesentlich dazu beigetragen, dass es in der Schweiz keine nennenswerte Jugendarbeitslosigkeit gibt. Bis Mitte der neunziger Jahre ist infolge des Nachrückens der geburtenschwachen Jahrgänge sogar mit einem Lehrstellenüberschuss zu rechnen.

Kreative Garne für schöne Handarbeiten



Handarbeit bereitet nur dann wirklich Freude und gewinnt an Wert, wenn qualitativ hochstehendes Material verwendet wird. Modische Garne in Top-Qualität und aktuellen Farben regen zu eigenen, von Hand gefertigten Schöpfungen an.

Wir sind auf bestverarbeitete Handarbeitsgarne jeder Art und in jeder Aufmachung, roh und farbig, spezialisiert. Unser marktgerecht gestaltetes Sortiment wird laufend erneuert und weiterentwickelt, speziell auch nach Ihren Wünschen.

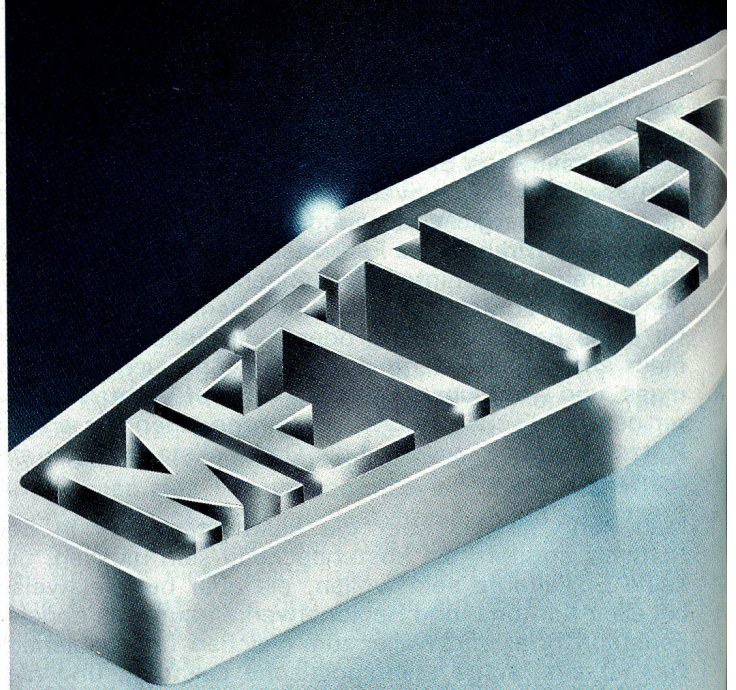
Rufen Sie uns an oder verlangen Sie unseren neuen Prospekt, der Ihnen ein Bild unserer Marktleistung für DOB, Heimtextilien, Handarbeiten und Garne für technischen Einsatz vermittelt.



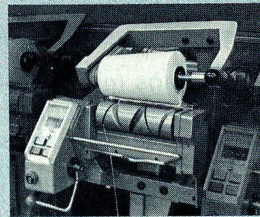
WEDA

WETTSTEIN AG

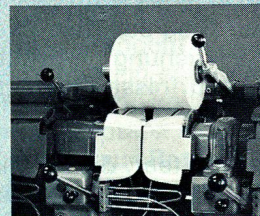
CH-6252 Dagmersellen
Telefon 062-86 13 13/Telex 982805
Telefax 062-86 13 15



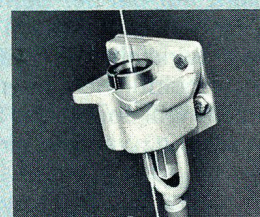
Qualität ist entscheidend



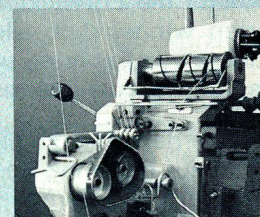
FMP mit elektronisch gesteuerter Präzisionswicklung für Fachspulen mit extrem hoher Dichte.



FMX mit wilder Wicklung und piezo-elektronischer oder elektro-mechanischer Fadenüberwachung.



GSX die Garnsengmaschine mit hoher Leistung bei bestem Sengeffekt, bedienungs- und umweltfreundlich.



SM die universelle Strangspulmaschine mit Einzelantrieb und elektronisch gesteuertem Langsamanlauf, erhältlich mit Rillentrommeln oder Fadenführern.

METTLER

AG Fr. Mettler's Söhne, Maschinenfabrik, CH-6415 Arth (Schweiz)
Tel. 041/82 13 64, Telex: 868 678, Telegramm: Gas Arthschwyz

Stabile Konjunkturlage – aber ungünstigere Exportaussichten

Wie der *Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins* aufgrund seiner neuesten Konjunkturanalyse feststellt, präsentiert sich die schweizerische Wirtschaft insgesamt noch in einer guten Verfassung, obwohl sich die konjunkturellen Auftriebstendenzen verflacht haben. Tragende Kraft ist der private Konsum, wogegen vom Export seit einiger Zeit nicht mehr so deutliche Impulse ausgehen. Unter dem Einfluss des positiven Konjunkturverlaufs ist die Beschäftigungsentwicklung stetig nach oben gerichtet, wie der Rückgang der Arbeitslosenzahl auf rund 20 000 und der akzentuierte Mangel an qualifizierten Arbeitskräften zeigen. Mit gegenwärtig noch rund 0,7% Teuerung kann die Schweiz die tiefste Inflationsrate seit acht Jahren registrieren. Allerdings verdecken die preisdämpfenden Auslandseinflüsse, bedingt durch die Preisreduktion beim Erdöl und die Aufwertung des Frankens, die nach wie vor bestehenden inländischen Inflationskräfte (3% Inlandteuerung im Vergleich zum Vorjahr).

Die zu Jahresbeginn für die *westlichen Industrieländer* als Folge des markanten Ölpreisrückgangs prognostizierten konjunkturanregenden Wirkungen haben sich bisher nicht im erhofften Ausmass eingestellt. Es macht den Anschein, als ob die ölpreisbedingten Realeinkommensgewinne angesichts zunehmender weltwirtschaftlicher Unsicherheiten zunächst lieber gespart als ausgegeben würden. Das unerwartet kühle internationale Konjunkturklima hat auch die schweizerischen Ausfuhren beeinträchtigt. Diese haben in den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres das Vorjahresniveau wertmässig bloss um 1,5% überstiegen. Mit Ausnahme der Maschinen- und Metallindustrie, die mit 7% ein erfreuliches Wachstum aufwies, zeigten sich in den übrigen wichtigen Exportbranchen Stagnationstendenzen. Zwar verharrt der Arbeitsvorrat durchaus noch auf einem zufriedenstellenden Niveau, doch wird der weitere Bestellungseingang in der Exportwirtschaft angesichts der eingetretenen Aufwertung des Frankens gegenüber dem Dollar und dem englischen Pfund, aber auch gegenüber der D-Mark, nun viel zurückhaltender beurteilt. Die Schwächung der preislichen Konkurrenzfähigkeit gegenüber den betreffenden Ländern wirkt sich nicht nur in deren Heimmärkten, sondern auch auf Drittmärkten aus.

Im Unterschied zu den etwas getrübbten Exportaussichten entwickelt sich das Inlandgeschäft ungebrochen positiv. Das gilt vor allem für den privaten Konsum, wie die kräftig gestiegenen realen Detailhandelsumsätze belegen. Von der Einkommenseite her bestehen günstige Voraussetzungen für ein Andauern der bisherigen Nachfrageexpansion. Aber auch die Ausrüstungsinvestitionen zeigen eine lebhaftere Entwicklung. Die *Investitionsbereitschaft* der Wirtschaft dürfte auch im weiteren Jahresverlauf hoch bleiben. Die positive Entwicklung im gewerblich-industriellen Bau wirkt sich auf die Bautätigkeit stabilisierend aus, da in den übrigen Sparten die Situation nach wie vor gedrückt ist.

Obleich die konjunkturelle Grundtendenz in den nächsten Monaten ein reales Wachstum des Bruttoinlandprodukts von rund 2% erwarten lässt, dürfen einige *Unsicherheitsfaktoren* nicht aus den Augen verloren werden. International besteht die Gefahr, dass wegen des unter den Erwartungen liegenden Konjunkturverlaufs und mit Rücksicht auf die nach wie vor unbefriedigende Beschäftigungssituation in einigen Ländern wieder auf eine

expansivere Geldpolitik umgeschaltet wird. Anzeichen hierzu sind vorhanden. Dies hätte nicht nur einen weiteren unerwünschten Aufwertungsdruck auf den Franken zur Folge, sondern würde auch bald wieder inflationären Tendenzen Auftrieb geben. Unter diesen Umständen stellt sich für die Geldpolitik der Schweiz die Aufgabe, eine tragbare gesamtwirtschaftliche Abstimmung zwischen binnenwirtschaftlicher Stabilität und den monetären Verhältnissen des Auslandes zu finden. Dazu kommt, dass sich die Verschuldungssituation in einigen Ländern eher wieder zugespitzt hat und der internationale Protektionismus weiterhin virulent ist. Der Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft ist vor diesem Hintergrund besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Dollarschwäche – Gefahr für die Schweizer Wirtschaft?

Wieder einmal sorgen Turbulenzen an der Währungsfront für Schlagzeilen. Betrag der Devisenkurs des Dollars im Jahresmittel 1985 2,452 Fr., so erlebte er seit Oktober 1985 eine kontinuierliche Talfahrt, die im Monatsmittel August 1986 bei 1,661 Fr. für einen Dollar angeht. Um die hohen Defizite in der amerikanischen Handelsbilanz abzubauen und dem wachsenden Protektionismus in den USA zu wehren, beschlossen im September 1985 die Finanzminister der fünf wichtigsten Industriestaaten ein Programm zur Abschwächung der Dollarnotierungen. Als Resultat dieser Massnahmen gab der Dollar deutlich nach. Diese Abwärtstendenz wurde noch verstärkt durch die Erwartungen der Marktteilnehmer in Richtung eines weiteren Fallens der amerikanischen Währung und durch die eher unsicheren US-Konjunkturindikatoren. Die Hoffnungen der Vereinigten Staaten, mittels eines tieferen Kursniveaus ihrer Valuta die Handelsbilanzdefizite in den Griff zu bekommen, blieben bisher allerdings unerfüllt. Im Gegenteil: Im Juli 1986 erhöhte sich der Fehlbetrag weiter auf 18 (Vormonat 14,2) Mrd. Dollar. Die Rufe nach protektionistischen Massnahmen dürften in den USA damit kaum verstummen.

Differenzierte Folgen für die Schweizer Wirtschaft

Der Abschluss neuer Exportgeschäfte ist, wie beispielsweise ersten Antworten aus einer noch laufenden Umfrage in der schweizerischen Metall- und Maschinenindustrie zu entnehmen ist, schwieriger geworden. Wegen der Franken-Hausse werden hier Investitionen in inländischen Werken zum Teil verschoben. Infolge der Dollarschwäche ist für die Branche ferner das Geschäft mit den zuvor nachfragestarken Opec-Staaten erheblich zurückgegangen. Ausserdem gehören pazifische Absatzmärkte heute vielfach ebenfalls zum Dollarraum. Von der Stärke des Schweizerfrankens sind überdies – allerdings in weniger starkem Ausmass – die Währungen wichtiger Absatzmärkte wie England und der Bundesrepublik Deutschland betroffen.

Dennoch unterscheidet sich die Situation wesentlich von jener während des letzten ausserordentlichen Höhenfluges unserer Währung im Jahre 1978. Im Gegensatz zu damals befinden sich wichtige Abnehmerländer, insbesondere die Bundesrepublik Deutschland, in einer soliden konjunkturellen Verfassung, und durch die starke Aufwertung des Yens ist es für die Japaner attraktiver geworden, schweizerische Güter zu kaufen. Positiv wirkt sich heute die Tatsache aus, dass früher bestehende schwerwiegende Strukturmängel der heimischen Industrie in der Zwischenzeit zu einem grossen Teil beseitigt worden sind. Ferner sind jene Firmen von der Frankenaufwertung weniger tangiert, die hochwertige, kurz- und mittelfristig schwer konkurrenzierbare Spezialprodukte herstellen. Absatzprobleme infolge Wechselkurschwankungen einigermaßen umschiffen können insbesondere jene Firmen, welche die wichtigsten Auslandsmärkte von dort plazierten Produktionsanlagen aus beliefern. Zudem ist der Aufbau von Fabrikationsstätten im Ausland nun zu günstigeren Konditionen möglich. Hinzu kommt, dass der tiefe Ölpreis und die niedrige Teuerung sich im Hinblick auf ein weiteres Wachstum positiv auswirken werden. Vor diesem differenzierten Hintergrund scheint – wie vor kurzem auch der Bundesverband der Deutschen Industrie feststellte – eine generelle «Schmerzgrenze» für den Dollarkurs nicht zu existieren. Dennoch sind die vielen Unternehmungen nicht zu übersehen, den die drastische Frankenaufwertung der letzten Monate Schwierigkeiten verursacht hat, weil ihre Absatzbemühungen stark auf den Dollarraum ausgerichtet sind. Erhebliche Probleme schafft die rasche Verschiebung der Währungsrelationen schliesslich für die unternehmerische Planung und den Transfer von Gewinnen ausländischer Tochtergesellschaften in die Schweiz, was mit substantiellen Kursverlusten verbunden ist.

Stetige Geldpolitik – mehr internationale Kooperation

Angesichts der heutigen Wechselkursrelationen kann man versucht sein, von der Notenbank eine aktive Politik zur Stabilisierung oder Senkung des Frankenkurses zu verlangen. Im Gespräch sind neuerdings sogenannte «Zielkorridore» für die Wechselkurse, die durch entsprechende Interventionen der Notenbanken zu gewährleisten wären. Es hat sich nämlich gezeigt, dass auch beim Floating die tatsächlichen Wechselkurse sogar längerfristig von jenen abweichen können, welche sich durch die Kaufkraftparitäten oder durch den Ausgleich der Leistungsbilanzen zwischen den einzelnen Ländern ergeben würden. Solche Abweichungen zu neutralisieren würde aber die Möglichkeiten der Notenbanken übersteigen, ganz abgesehen davon, dass dies in der gegenwärtigen Situation eine übermässige Erhöhung des Geldvolumens mit einer entsprechenden Alimenterung der inländischen Teuerung zur Folge hätte. Deshalb ist es das Ziel der schweizerischen Geldpolitik, einen stetigen, nichtinflationären Kurs zu steuern, welcher die Wirtschaft nicht zusätzlich unvorhersehbaren Veränderungen aussetzt. Erleichtert würde diese Aufgabe durch eine nun im Schosse des internationalen Währungsfonds (IWF) vorgesehene internationale Zusammenarbeit und Koordinierung in der Wirtschaftspolitik mit dem Zweck, übermässige Schwankungen der Wechselkurse zu vermeiden.

Wirtschaftspolitik

Stabilitätspolitik als Erfolgsrezept

Wirtschaftspolitische Grundanliegen des Vororts

Der Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins würdigt in seinem Jahresbericht 1985/86 die Fortschritte, die bei der Bekämpfung und Eindämmung der Inflation weltweit erzielt worden sind. Er bezeichnet die Stabilitätspolitik als eine Grundvoraussetzung dafür, dass gesundes Wirtschaften überhaupt möglich wird. «Denn je stabiler der Geldwert ist, desto solider ist die Entscheidungsgrundlage für künftiges wirtschaftliches Handeln, desto weniger kommt es zum Fehleinsatz von Ressourcen und zu Fehlinvestitionen aufgrund verzerrter Preisstrukturen und um so beständiger ist das wirtschaftliche Wachstum, von dem Beschäftigungsimpulse ausgehen», heisst es im Bericht.

Stetigkeit der Geldpolitik

Zugleich wird zu dauernder Wachsamkeit aufgerufen gegenüber den notorischen Tendenzen, angesichts niedrigerer Inflationsraten sogleich wieder im Übermass Geld in die Wirtschaft hineinzupumpen in der Meinung, damit deren Wachstum zusätzlich nachhelfen zu können. Gewännen solche Absichten die Oberhand, so würde damit bereits ein neuer Inflationskeim gelegt.

Die Erfahrungen haben, wie der Vorort unterstreicht, zur Genüge erkennen lassen, dass die Geldwertstabilisierung keine kurzfristige Aufgabe, sondern ein langwieriger, viel Geduld und Zähigkeit erfordernder Prozess ist, der nur dann voll zum Tragen kommen kann, wenn die Verantwortlichen mit der gebotenen Ausdauer zu Werke gehen: «Notwendig ist, mit anderen Worten, dass die Geldpolitik mittelfristig nicht nur auf das Ziel der Preisstabilität ausgerichtet bleibt, sondern dass sie auch mit Stetigkeit betrieben wird.»

Ausgabenbegrenzung – mehr marktwirtschaftlicher Handlungsspielraum

Darüber hinaus betrachtet der Vorort aber auch geordnete öffentliche Finanzen als einen wichtigen Bestandteil der Stabilitätspolitik. Anvisiert werden damit die «allzu üppig ins Kraut geschossenen Ausgaben der öffentlichen Haushalte», die zu einer wachstumshemmenden Überbelastung der Produktivkräfte geführt haben. Eine auf das Stabilitätsziel und ein dauerhaftes inflationsfreies Wachstum ausgerichtete Finanzpolitik verlangt gemäss Vorort-Jahresbericht mehr als nur den Gleichschritt der Staatsausgaben mit dem Bruttosozialprodukt, d.h. eine strenge Ausgabenbegrenzung, um die Voraussetzung für einen Abbau der Staatsquote zu schaffen und in einem weiteren Schritt über eine investitions- und wachstumsfreundliche Steuerpolitik den Entfaltungsspielraum der produktiven Wirtschaft auszuweiten. Die Politik der Haushaltskonsolidierung kann nur dann zum Erfolg führen, wenn sie von der Einsicht getragen ist, dass das staatliche Aktivitätsfeld redimensioniert, d.h. in einen Rahmen zurückgeführt werden muss, der wieder mehr marktwirtschaftlichen Handlungsspielraum zulässt.